

Wahlprüfbausteine zur Bundestagswahl 2017: Grundlagen für Wahlempfehlungen (Erststimme) des VDP Sachsen-Anhalt

Bitte senden Sie diesen Fragebogen ausgefüllt **bis spätestens 31.08.2017** an unsere Geschäftsstelle per Mail, Fax oder auf dem „herkömmlichen“ Postweg zurück (e-Mail: VDP.LSA@t-online.de, Fax: 0391 – 7319161; Adresse: VDP Sachsen-Anhalt e. V., Otto-von-Guericke-Straße 86 a, 39104 Magdeburg) – **Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen!**

Name des Bundestagskandidaten:

Wahlkreis:

Partei:

Fragenkomplex I: Frühkindliche und schulische Bildung

1. a.) Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag für eine Lockerung bzw. Reform des im Grundgesetz verankerten Kooperationsverbotes einsetzen mit dem Ziel, dass der Bund künftig einfacher und kontinuierlicher Bildungsprojekte in den Ländern (z. B. Ausbau des Ganztagschulbetriebes, Sanierung von Schulgebäuden oder Voranbringen digitaler Bildung) unterstützen/fördern kann?

Ja

Nein

- b.) Sollten auch Schulen in freier Trägerschaft gleichberechtigt an derartigen Bundesprogrammen partizipieren können?

Ja

Nein

c.) Sollte der Bund bei entsprechenden Förderprogrammen auch weitreichende Kontrollfunktionen haben, um festzustellen, ob die bereit gestellten Mittel tatsächlich trägerneutral und fair verwendet wurden?

Ja

Nein

Ihre Bemerkungen:

.....
.....

2. Viele Bundesländer haben mit einem akuten Mangel an Erziehern und Lehrkräften zu kämpfen. Dieser Mangel könnte sich in den nächsten Jahren sogar weiter verschärfen, so dass die Qualität der Kita-Betreuung und des schulischen Unterrichts immer stärker leiden könnte.

Welche Akzente sollte diesbezüglich unterstützend der Bund setzen? (Mehrfachnennungen möglich)

Gesetzliche Erleichterung der Anerkennung von Abschlüssen, die Erzieher und Lehrkräfte im Ausland erworben haben (auch im Nicht-EU-Ausland)

Finanzierung von sog. Seiteneinsteigerprogrammen (Pädagogische Qualifizierung von Personen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschlüssen) unter enger Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz (die vermittelten Qualifikationen müssten dann auch in allen Bundesländern anerkannt werden)

Finanzierung von Programmen zur Qualifizierung von Lehrkräften u.a. mit Blick auf die Digitalisierung der Bildung, den Umgang mit Inklusion oder die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund

Initiierung von Modellprojekten zum eLearning

Auflegung von Werbekampagnen für den Erzieher- und Lehrerberuf

Sonstiges:

.....
.....

3. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Ergänzung des § 128 Abs 1 Nr. 3 SGB VII einsetzen, damit neben den Schülern der freien allgemein- und berufsbildenden Schulen auch die an diesen Schulen beschäftigten Lehrkräfte über die Landesunfallkassen mitversichert werden können (was bei den staatlichen Schulen schon längst der Fall ist)?

Ja

Nein

Ihre Bemerkungen:

.....

.....

4. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass auch Personen aus Nicht-EU-Staaten zumindest dann erleichtert eine Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland erhalten, wenn sie hier eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen bzw. eine berufliche Aus- oder Weiterbildung absolvieren wollen und die gesamten damit zusammenhängenden Kosten selbst tragen?

Ja

Nein

Ihre Bemerkungen:

.....

.....

Fragenkomplex II: Berufliche Weiterbildung + Integration von Flüchtlingen

1. Welche Ansätze sehen Sie, Langzeitarbeitslose noch effizienter als bisher wieder dauerhaft in sozialversicherungspflichtige Jobs zu integrieren, damit diese nicht bis ins Rentenalter von staatlichen Sozialleistungen abhängig sein müssen? (Mehrfachnennungen möglich)

individuelles Fördern und Fordern

Einsatz von zielgerichteten, aufeinander aufbauenden Förderketten (Aktivierung, Vermittlung sozialer Kompetenzen, Motivierung, zielgerichtete Qualifizierung usw.)

Schaffung eines dauerhaft subventionierten sozialen Arbeitsmarktes

Weitere Umschichtung von Mitteln, die bisher für Eingliederungsmaßnahmen vorgesehen waren, in den Verwaltungshaushalt der Jobcenter

Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens

Sonstiges:

.....

.....

2. Bundesweit besteht ein erheblicher und weiter wachsender Bedarf an Fachkräften in den sog. Gesundheits- und Sozialberufen (z. B. Erzieher oder Physiotherapeuten). Was sollte Ihrer Meinung nach der Bund tun, um dem hier schon bestehenden Fachkräfteproblem noch effizienter entgegenzuwirken? (Mehrfachnennungen möglich)

- bei entsprechend bundesgesetzlich geregelten Berufen grundsätzlich
Ausbildungsverkürzungen für Umschüler/innen zulassen
- dauerhafte Finanzierung des letzten Drittels entsprechender Umschulungen, falls eine individuelle Verkürzung der Ausbildung nicht möglich sein sollte
- verstärkte Nutzung der Potentiale von Arbeitslosen und ausländischen Fachkräften durch gezielte Förderprogramme
- Sonstiges:
-
-

3. Zum 01.01.18 wird bundesweit erneut der Mindestlohn für die sog. Weiterbildungsbranche angehoben. Damit ist dieser Branchenmindestlohn in den neuen Bundesländern innerhalb von nur 4,5 Jahren um ca. 35 Prozent gestiegen. Dennoch stagnieren in vielen Fällen seit Jahren die sog. Bundesdurchschnittskostensätze (BDKS) für Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung – und dies bei zurückgehenden Teilnehmerzahlen. Die BDKS werden jährlich von der Bundesagentur für Arbeit neu festgelegt, wobei diese im Regelfall nicht überschritten werden dürfen (s. § 180 Abs. 3 Nr. 3 SGB III). Bisher blieben die gestiegenen Mindestlohnkosten und sonstige allgemeine Preisentwicklungen bei der Festsetzung der BDKS weitgehend unberücksichtigt.

a.) Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass künftig die bereits eingetretenen oder in absehbarer Zeit eintretenden Erhöhungen des Branchen-Mindestlohns und weitere allgemeine Preissteigerungen zwangsläufig bei der Ermittlung und Festsetzung der Bundesdurchschnittskostensätze angemessen Berücksichtigung finden müssen?

Ja

Nein

b.) Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter bei ausgeschriebenen längerfristigen Maßnahmen (z.B. Berufsausbildung oder Berufseinstiegsbegleitung für sozial benachteiligte Jugendliche) die zuvor genannten Preisentwicklungen ebenfalls beachten und deshalb in längerfristige Verträge mit den Arbeitsmarktdienstleistern verpflichtend sog. Preisgleitklauseln einbauen müssen?

Ja

Nein

Ihre Anmerkungen zum Thema Mindestlohn für Weiterbildungsbranche + Preisentwicklungen von Arbeitsfördermaßnahmen:

.....
.....
.....
.....

4. Welche bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Vorhaben sollten aus Ihrer Sicht nach der Bundestagswahl zur besseren Integration von Flüchtlingen und sonstigen Personen mit Migrationshintergrund (z.B. aus Rumänien oder Bulgarien) verwirklicht werden? (Mehrfachnennungen möglich)

Bessere Ausstattung der staatlichen und freien Schulen mit Lehrkräften, Sozialpädagogen und Schulpsychologen (Förderung über Bundesprogramm)

Möglichst frühzeitige Aufnahme von Flüchtlingen mit guter Bleibeprognose in allgemeine Sprachkurse

Verknüpfung beruflicher Aus- und Weiterbildung mit allgemeinen Sprachkursen

Angebot von berufsspezifischen Sprachkursen

Erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen

Erhöhter Einsatz von Lehrkräften + Sozialpädagogen mit Migrationshintergrund

Alternative Antwort:

.....
.....

5. Welche Bedeutung messen Sie den sog. vollzeitschulischen Berufsausbildungen bei, die beispielsweise in Berufsfachschulen (z.B. Pflege- und Heilberufe) oder Fachschulen (z.B. Sozialpädagogen oder Techniker), vermittelt werden?

- Ebenso wie die dualen Ausbildungsberufe haben die vollzeitschulischen Berufsausbildungen auch in der Zukunft eine hohe Bedeutung.
- Die dualen Ausbildungsberufe müssen stets Vorrang gegenüber den vollzeitschulischen Berufsausbildungen genießen.
- Alternative Antwort:
.....
.....

6. Bundestag und Bundesrat haben kürzlich das sog. Pflegeberufegesetz verabschiedet, durch das u.a. gewährleistet werden soll, dass die Absolventen einer Pflegeausbildung künftig hierfür kein Schulgeld mehr aufbringen müssen. Dafür sollen die Pflegeschulen künftig Mittel aus einem noch zu verhandelnden Ausbildungsbudget erhalten, wobei die Investitionskosten der Pflegeschulen nicht erstattungsfähig sein sollen. Wer soll aus Ihrer Sicht künftig diese Investitionskosten tragen?

- Immer die Träger der staatlichen und freien Pflegeschulen selbst
- Diesen Anteil sollten die Länder den Trägern der Pflegeschulen gesondert erstatten
- Der Bund muss an dieser Stelle noch einmal nachsteuern und das Pflegeberufegesetz so ändern, dass auch angemessene Investitionskosten der Pflegeschulen erstattungsfähig werden.
- Alternative Antwort:
.....
.....

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift